

Schule mit Zukunft e.V. ▪ Neue Weinsteige 6a ▪ 70180 Stuttgart
Frau Kultusministerin Prof. Marion Schick
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42
70029 Stuttgart

Freiburg/Stuttgart, 07.03.2011

Aktionismus im Wahlkampf?

Sehr geehrte Frau Kultusministerin Prof. Schick,

mit großer Verwunderung nehmen wir die Neuigkeiten der letzten Wochen aus Ihrem Haus zur Kenntnis:

1. Die etwa 370 **einzügigen Hauptschulen auf dem Land dürfen künftig auch dann einen mittleren Bildungsabschluss anbieten**, wenn sie wenige Schüler haben. Voraussetzung sind ein überzeugendes pädagogisches Konzept und eine Bewertung durch die Schulbehörden. Pädagogisch sei die bisherige Einschränkung nicht gerechtfertigt, verkündete Kultusministerin Schick (CDU) überraschend die Kehrtwende während einer Landtagssitzung.
2. Die Landesregierung und die Kommunen haben ihren Streit um die **Finanzierung der Ganztagschulen** beigelegt. Das Land erhöht seine Bildungsausgaben. Ganztagschulen sollen ins Schulgesetz aufgenommen werden – und dann wird, so die Hoffnung der Kommunen, das Land das Mittagessen der Schüler bezahlen.
3. Das **Turbo-Abitur erarbeitet sich keine schlechten Noten**. Eine Studie legt nahe: zwischen dem acht- und dem neunjährigen Gymnasium gibt es keine nennenswerten Leistungsunterschiede – außer in Latein.
4. Studie: **Mehr Bildungsgerechtigkeit durch verbindliche Grundschulempfehlung**. „Eine verbindliche Grundschulempfehlung sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir brauchen an dieser wichtigen Schnittstelle nach der Grundschule das professionelle Know-how, die Erfahrung und das Urteilsvermögen unserer Lehrerinnen und Lehrer, um den Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg konsequent weiter zu lockern“, sagte Kultusministerin Marion Schick.

Ad 1. Neue Werkrealschule

Wir begrüßen Ihren Sinneswandel und damit die Möglichkeit für Hauptschulen, den mittleren Bildungsabschluss anbieten zu können. Unsere Petition vom Juni 2010 genau zu diesem Thema wurde abgelehnt. Wir zitieren daraus:

„1) Alle bisherigen – auch einzügigen – Hauptschulen können zu Werkrealschulen weiterentwickelt werden, sofern die Beteiligten vor Ort einen Bedarf darin sehen und dies wünschen.

2) Die Zulassungsbeschränkung zum Übergang von Klasse 9 nach 10 an Werkrealschulen entfällt.“

Gleiches gilt für den Antrag der GRÜNEN, Drucksache 14/7261.¹

Wir hoffen, dass nunmehr auch die Notenhürde nach der 9. Klasse entfällt und es allen Schüler/innen möglich sein wird, einen mittleren Bildungsabschluss zu erlangen – schließlich besteht an keiner anderen Schulart in Baden-Württemberg eine solche zusätzliche Hürde!

Zudem fragen wir uns, inwiefern Sie Ihren Entschluss, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Sigmaringen in Berufung zu gehen, aufrecht erhalten wollen, zumal die Sigmaringer Richter dem Land im Urteil vorwerfen, nicht anhand der Gesetzestexte zu entscheiden.²

Fraglich erscheint uns auch die Anforderung, dass kleinere Hauptschulen sich zwei Jahre lang evaluieren lassen müssen, bevor sie die Genehmigung zur Werkrealschule bekommen – dies bedeutet zwei Jahre lang keine Planungssicherheit. An welcher anderen Schulart ist eine zweijährige qualitative Bewährungsprobe vorgesehen?

Nicht zuletzt muss für den von Ihnen angekündigten Schritt das Schulgesetz geändert werden – wann soll dies vorgenommen werden?

ad 2. Ganztagschulen

Können wir davon ausgehen, dass hier dem Antrag der GRÜNEN, Drucksache 14 / 7165, nachgekommen wurde?

„Die Ganztagschule, die bislang lediglich den Status eines Schulversuchs hat, wird mit der Änderung des Schulgesetzes im Schulgesetz verankert. Damit wird die pädagogische Verantwortung des Landes für die Ganztagschule rechtlich festgelegt und Rechtssicherheit für Schulen, Schulträger und Eltern gewährleistet. (...)

1. Der Begriff der Ganztagschule wird in zwei Varianten definiert und die Ganztagschule als Regelschule festgeschrieben.
2. Das Ziel, ein schulisches Ganztagsangebot in erreichbarer Nähe für jedes Kind zu schaffen, wird verbindlich festgelegt.
3. Die Verpflichtung des Landes zur Qualitätssicherung der Ganztagschulen und zur Finanzierung des erforderlichen pädagogischen Personals wird gesetzlich geregelt.“³

In der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport⁴ werden Sie wie folgt zitiert: „Die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport führt aus,

¹ http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7261_d.pdf

² <http://vgsigmaringen.de/servlet/PB/menu/1263837/index.html?ROOT=1192890>

³ http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7165_d.pdf

⁴ http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7492_d.pdf

mit der beabsichtigten Novellierung des Schulgesetzes würden zwar Rechte geschaffen, die Realität würde sich dadurch aber nicht ändern.“

Die Kommunen klagen über leere Kassen. Trotzdem sollen sie maßgeblich die Bildungsverantwortung vor Ort tragen. **Es ist dringend geboten, alle Kommunen mit den finanziellen Mitteln auszustatten, die eine Umsetzung der Konzepte vor Ort auch ermöglichen.** Dazu gehört auch die wichtige Versorgung mit zusätzlichen **Lehrerwochenstunden an ALLEN Schularten**, denn nur dann können Ganztagschulen ihren wichtigen pädagogischen Auftrag erfüllen anstatt lediglich Versorgungs- und Aufbewahrungsorte für Schüler darzustellen.

ad 3. Turboabitur

Sie meinen, den Nachweis erbracht zu haben, dass G8-Schüler/innen keine Benachteiligung erleiden, da diese nur um 0,4 Notenpunkte schlechter abgeschnitten haben als G9-SchülerInnen. Erstens sind die G8-Schülerinnen und Schüler in allen verglichenen Fächern schlechter, und zweitens stellen 0,4 Notenpunkte immerhin 1,3 Zehntel dar – je nach Studiengang entscheidet jedes Zehntel über Annahme oder Absage, die Problematik ist also nicht von der Hand zu weisen.

Die Benachteiligung alleine an den Leistungsergebnissen festzumachen, erfasst die G8-Problematik nicht im Entferntesten. Mit keinem Wort wird erwähnt, was für eine Tortur die Schüler/innen hinter sich haben, bis sie die Kursstufe erreichen. Unberücksichtigt bleibt auch die Tatsache, dass seit G8 die Zahl der Abgänger/innen von Gymnasien teils erheblich zugenommen hat. Nicht zuletzt „funktioniert“ G8 einigermaßen, weil sich seit Jahren **Elterninitiativen in allen Landesteilen** mit enormem Aufwand für die Beachtung der Probleme und deren Beseitigung einsetzen. Zudem ist erwähnenswert, dass nach einer Mitteilung in der Mitgliederzeitschrift des Philologenverbands die Lehrkräfte an Gymnasien im laufenden Schuljahr 55% mehr **Überstunden** leisten als im Vorjahr!

Daher fordern wir Sie auf, die **Zahl der Abgänger/innen im Vergleich zwischen G8 und G9** an den Schulen erfassen zu lassen sowie eruieren zu lassen, in welchem Umfang die Schüler an den Gymnasien **externen Nachhilfeunterricht** in Anspruch nehmen und wie sich dies seit Einführung von G8 entwickelt hat.

Und zu guter Letzt wollen wir nicht unter den Tisch fallen lassen, dass die anfänglichen Probleme und durchaus deutlichen Leistungsunterschiede in den ersten Klausuren der gemeinsamen Kursstufe alleine **mit Bordmitteln der Schulen und auf Initiative der entsprechenden Lehrer** durch zusätzliche Förderangebote an Samstagen weitgehend aufgefangen werden konnten. Welche Unterstützung hat hier das Kultusministerium geleistet? Stattdessen stehen drohende Lehrerstellenstreichungen im Raum und die teilweise durchaus bewunderungswürdigen Einsätze von Schulleitungen und Lehrkräften scheinen uns nicht hinreichend gewürdigt – weder durch Einstellung zusätzlicher Lehrer noch durch sonstige Maßnahmen!

Aufgrund des derzeitigen Mehreinsatzes von Lehrerinnen und Lehrern in der Kursstufe zeichnet sich bereits jetzt ab, dass dies **auf Kosten der Schüler der Unter- und Mittelstufe** geht. Hier fallen schon jetzt viele Unterrichtsstunden aus, was dann in den nächsten Schuljahren unter Druck wieder aufgeholt werden muss.

Wir verweisen im Übrigen auf unser Schreiben an Sie vom 03.12.2010:

„Nach Auswertung der Umfrage-Aktion zum 8-jährigen Gymnasium, die SCHULE MIT ZUKUNFT gemeinsam mit dem GEB Stuttgart durchführte, haben wir festgestellt, dass es sich bei der Unzufriedenheit der Schüler und Eltern keineswegs um „bedauerliche Einzelfälle“ handelt, sondern dass nach inzwischen 6 Jahren gelebtem G8 noch immer **2/3 der befragten Eltern mit den herrschenden Verhältnissen an den Schulen unzufrieden** sind. Dies halten wir für eine nicht zu tolerierende Menge, zumal sich die Beschwerden auf die lange bekannten und vielfach geäußerten Punkte konzentrieren:

- Lehrermangel und dadurch bedingt auch zu viel Unterrichtsausfall
- zu große Klassen
- zu viel Stoff statt Kompetenzvermittlung
- zu viele Wochenstunden
- zu viel Stress und Zeitdruck
- zu wenig individuelle Förderung in Verbindung mit zu wenig Zeit für Üben und Wiederholen

Dies bewirkt bei den Schülern Erschöpfung, Nachhilfebedarf, Unlust und lässt Freizeit, Hobbys und Freunde für viele zu Fremdworten werden.⁵

ad 4. Grundschulempfehlung

Zunächst einmal ist die Grundschulempfehlung keine Empfehlung, sondern ein „Befehl“. Dieser beschneidet die im Grundgesetz (Artikel 6) **garantierten Rechte der Eltern**, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Das Schulgesetz, § 88, „Wahl des Bildungswegs“, sieht eindeutig vor: „Über alle weiteren Bildungswege nach der Grundschule entscheiden die Erziehungsberechtigten.“

"Verbindliche Grundschulempfehlung" ist sprachlicher Unsinn und dürfte in jedem Aufsatz als Ausdruckfehler angestrichen werden. Sehr geehrte Frau Schick, eine Empfehlung kann in der deutschen Sprache nicht verbindlich sein!

Der Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg wird **nicht** durch eine "verbindliche Grundschulempfehlung" gelockert, sondern durch ein **Schulsystem mit individueller Förderung**, welches durch den gegenwärtigen Frontalunterricht in keiner Weise gegeben ist. Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen erhalten meist die schlechtere Empfehlung bei gleichem Notenschnitt. Von „Lockerung“ kann nicht die Rede sein, sondern nur von Verfestigung.

Eltern und Lehrer müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, denn Eltern sind genauso Experten für ihre Kinder, wie Lehrer Profis in ihrem Beruf sind. Dazu muss es von Anfang an einen ständigen Austausch darüber geben, wie sich das Kind entwickelt und wie es individuell gefördert werden kann. Wir brauchen eine echte Bildungspartnerschaft – ein einziges Gespräch vor der Grundschulempfehlung genügt nicht für ein vertrauensvolles Miteinander und für die richtige Einstufung eines Kindes in eine doch lebensweisende Schulkarriere. Die Schule darf gern eine Empfehlung abgeben, aber die Eltern müssen das Wahlrecht haben.

⁵ http://www.schule-mit-zukunft.com/?Archiv_Aktionen

Natürlich wollen Eltern das Beste für ihr Kind – aber nicht um jeden Preis. Auf der einen Seite sehen Eltern Chancen für das Kind und dessen sozialen Status. Auf der anderen Seite sehen sie volle Stundenpläne, Stofffülle und Überlastung. Diese Verunsicherung zeigt sich auch darin, dass 17 Prozent im Land ihr Kind trotz Gymnasialempfehlung zur Realschule schicken – auch weil viele das achtjährige Gymnasium mit seinem Zeitdruck ablehnen.^{6 7 8} Als Anschauungsmaterial empfehlen wir eine Reportage der ARD: „Deutschland unter Druck (1): Die überforderten Kinder“.⁹ Im Anhang finden Sie eine (typische) Zuschrift von Eltern, die mit Grausen auf die Grundschulempfehlung warten.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind laut Wilfried Bos, Leiter der IGLU-Studie, **40 Prozent der Grundschulempfehlungen falsch**, was durch Erhebungen an unseren Gesamtschulen am Ende der Orientierungsstufe bewiesen wird (siehe Ausführungen zu Gesamtschulen in Baden-Württemberg von Jürgen Leonhardt^{10 11}).

Die verbindliche Grundschulempfehlung als Mittel für mehr Bildungsgerechtigkeit anzuführen, entbehrt jeglicher Grundlage. Derzeit hat ein Akademikerkind beispielsweise dreieinhalb mal so hohe Chancen aufs Gymnasium zu kommen wie ein Arbeiterkind – in Baden-Württemberg liegt dieser Faktor sogar bei 6,6! Eine Studie der Universität Duisburg-Essen, Fachbereich Bildungswissenschaften, hat zum Thema „Schulrecht vor Elternrecht?“¹² neue empirische Befunde zur Zuverlässigkeit von Übergangsempfehlungen der Grundschulen erhoben. Hierbei kommt man zur Erkenntnis:

„Das Risiko, aufgrund einer falschen Grundschulempfehlung einer nicht geeigneten, weil zu hohen Schulform zugewiesen zu werden, ist um ein Vielfaches größer als aufgrund übersteigerter Bildungsansprüche der Eltern an einer nicht geeigneten Schulform angemeldet zu werden. (...) Das relative Risiko für Realschüler, einer falschen (zu hohen) Schulform zugewiesen zu werden, ist aufgrund einer unzutreffenden Grundschulempfehlung rund 24-mal größer als aufgrund falscher (überhöhter) elterlicher Bildungsansprüche. (...)

In der Praxis orientieren sich die Grundschulempfehlungen häufig auch an sozialen Kriterien, wie z.B. dem Bildungsniveau der Elternhäuser. Die Grundschulgutachten wirken letztlich sozial selektiv, da sie Schülern bei gleicher Leistungsfähigkeit – aber unterschiedlicher sozialer Herkunft – unterschiedliche Übergangsempfehlungen ausstellen (ebd.).“

Uns Eltern die Schuld für Bildungsungerechtigkeit in die Schuhe schieben zu wollen, statt endlich einen Systemwechsel herbeizuführen, ist schlicht ungerecht. Die eigentliche Frage lautet: Warum trennt man so früh, was tun wir unseren Kindern an? Muss es sein, dass wir Nachhilfe für Zweitklässler zahlen, damit sie es auf die Wunschschule schaffen?

⁶ http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag09_05_01.pdf#search=%22grundschulempfehlung%22

⁷ <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2009009.asp>

⁸ <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2010015.asp>

⁹ <http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=6481802>

¹⁰ http://www.gew-bw.de/Binaries/Binary10369/Laenger_gemeinsam_lernen_-_Gesamtschulen_BW.pdf

¹¹ http://www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de/bilder/Brief_leonhardt.pdf

¹² http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-18592/diss_liegmann_schulformwechsel.pdf

Die eigentliche Lösung für Grundschulen muss lauten: Verbesserungen im Bereich der frühkindlichen Förderung, bessere Lernbedingungen in der Grundschule durch kleinere Klassen, individuelle Förderung und Schule als Lebensraum, Erziehungspartnerschaft als Grundlage, kontinuierliche Beziehungen, Akzeptanz der Heterogenität, individuelles Lernen angepasst an Lerntempo und Leistungsniveau, bessere Diagnose- und Beratungskompetenz der Grundschullehrer/innen, mehr Selbstbestimmung und Demokratie an Schulen, Ausweitung der Kooperation mit weiterführenden Schulen, längeres gemeinsames Lernen für mehr Chancengleichheit und mehr Bildungsgerechtigkeit .

Mit freundlichen Grüßen!



Petra Hoja
Vorsitzende



Katharina Georgi-Hellriegel
Stellvertretende Vorsitzende

Anlage: Zuschrift von Eltern

„Guten Tag und ein gutes neues Jahr,

nun steht unser drittes Kind vor dem Sprung auf eine fortführende Schule. Und wir sind völlig ratlos.

Ratlos, weil unsere Tochter geistig ganz sicher das Rüstzeug fürs Gymnasium hat. Ratlos, weil wir uns in aller Ernsthaftigkeit überlegen, ob wir **ihr** das wirklich antun sollen. Und ob wir **uns** das wirklich antun sollen.

Unsere „Große“ ist jetzt in der 10. Klasse. Wie sieht ihr Alltag aus? Sie kommt mittags oder nachmittags von der Schule nach Hause, isst eine Kleinigkeit, dann verkriecht sie sich in ihr Zimmer, macht Hausaufgaben und lernt. Und das nicht selten bis abends um 22:00. Auch die Wochenenden verbringt sie meistens an ihrem Schreibtisch. In den letzten Schulwochen vor Weihnachten hat sie ein halbes Dutzend Klassenarbeiten geschrieben. Mathe schafft sie ohne Nachhilfe nicht mehr. Dabei ist sie motiviert, zäh, kämpft sich durch. Aber sie hat sich menschlich verändert. Kontakte mit Freundinnen sind sehr rar geworden.

Unser Sohn ist in der 6. Klasse. Er ist ein typischer Junge, die eigene Lernmotivation geht ihm leider etwas ab. (Das war bei seinem Vater – mir! – damals nicht anders.) Und so ist es meine Frau, die fast täglich schiebt und drückt, mit ihm die Vokabeln in Englisch und Französisch paukt. In Mathe hat er bereits Nachhilfe, es geht nicht anders. In den Wochen vor Weihnachten war er mehrmals am Zusammenbrechen, lag nur noch weinend im Bett. Auch beim ihm: Klassenarbeit nach Klassenarbeit. Ein großer Teil seiner dennoch sehr akzeptablen Noten gehen auf das Konto meiner Frau, und das weiß und sagt er auch.

Was haben wir (Eltern!) uns auf die Ferien gefreut!

Ferien? Die erste Woche ist gerade um, und schon geht es wieder los: Die Englisch-Vokabeln, die wegen der Klassenarbeiten liegen geblieben sind, müssen nachgeholt werden. Sind Ferien dafür da? Bei 11-Jährigen?

Ein Einzelfall?

Mitnichten! Wo man auch hin hört, in allen Familien ist es das selbe: Das Thema „Schule“ macht sich in einer Weise breit, dass alles andere darunter erstickt. Wir wissen von einer Familie, in der die Frau ihre Berufstätigkeit aufgegeben hat, nur, damit sie die Kinder heil durch die Schule bringt.

Dabei sind wir – und viele andere Familien – noch einigermaßen glücklich dran, indem wir durch eigene Bildung und den Einsatz finanzieller Mittel in der Lage sind, unsere Kinder bis zu einem gewissen Grad zu unterstützen. Unterschichtfamilien (ich gebrauche diesen Begriff mit aller Vorsicht und angemessenem Respekt) haben keine Chance in diesem Schulsystem. Wir wissen von zahlreichen Kindern, die trotz

Gymnasialempfehlung auf die Realschule ausgewichen sind. Begründung: „Das tun wir uns nicht an!“

Dabei – und jetzt wird es ganz absurd – hat sich das Lernen selbst immer noch nicht verändert: Ich denke nach wie vor mit Fassungslosigkeit daran, wie unsere Große in der 6. Klasse die Millionenstädte, Flüsse und Berge Chinas für eine Klassenarbeit pauken musste. Sie dürfen raten, was sie davon heute noch weiß... Unser Sohn lernt in Englisch Berge von Vokabeln, die er vielleicht die nächsten fünf Jahre nie wieder benötigt. Vernetztes Lernen, fächerübergreifend gar, das sind immer noch Fremdwörter. Da werden wissenschaftliche Taschenrechner in Aufgabenstellungen gequält, die man in Zukunft – wenn überhaupt – mit dem Computer und mit Programmen wie Excel erledigt.

Auf unseren Kinder wird die Unwilligkeit des Staates ausgetragen, mehr Geld in die Bildung zu stecken. Das Abitur ein Jahr früher bei gleichem Stoff – das stimmt ja auch nicht: Es ist viel mehr Stoff geworden als wir früher zu lernen hatten. Offenbar hat man auch Stoff aus dem Studium bereits in die Schulen verlagert, um die Hochschulen später zu entlasten. Aber dieses Fass will ich hier und jetzt nicht auch noch aufmachen.

Was hier geschieht, ist ein Akt der Kindesmisshandlung durch den Staat.

Und die Kinder selbst? Viele geben ihre Hobbys auf, für Musik und Sportverein ist kein Raum mehr. Wir züchten eindimensional ausgerichtete, sozial inkompetente Fachidioten heran, die irgendwann mit psychischen Störungen zusammenbrechen. Die ersten tun das schon in der Schule, von Studenten weiß man bereits ähnliches, diejenigen, die es später trifft, fallen aus der Statistik raus.

Und dabei wird immer noch ein humanistisches Bildungsideal beschworen, das es längst nicht mehr gibt. Die klassischen humanistischen Fächer, sie bröckeln immer mehr ab. Rechtschreibung gilt nichts mehr, es ist ja auch bereits in der Grundschule keine Zeit mehr, sie zu üben. Kinder und Jugendliche mit speziellen Begabungen, etwa im musischen Bereich, sie fallen völlig durch alle Raster.

Warum ich Ihnen dies schreibe?

Es ist ein Hilfeschrei. Ich möchte Öffentlichkeit. Es kann nicht mehr so weiter gehen! Diejenigen, die unseren Kindern das antun, sie haben offenbar selber keine, oder sie hassen Kinder. Es muss sich etwas ändern. Bald! Im Interesse der Kinder **und** der Eltern.

Freundliche Grüße

[Name der Autoren ist SCHULE MIT ZUKUNFT bekannt, die Zustimmung zur anonymen Veröffentlichung liegt vor]